



Der Ausserrhoder Ständerat Andrea Caroni (FDP) will mit institutionellen Massnahmen die Regulierungsflut eindämmen.

Die Regulierer regulieren

Die Wirtschaft beklagt sich über die Regulierungsflut, die Politik sucht seit Generationen nach Rezepten, diese einzudämmen. Der Ausserrhoder Ständerat Andrea Caroni verhilft gerade konkreten Lösungsansätzen zum Durchbruch.

Das Klischee ist unumstösslich: Beamte tun nichts, aber das langsam. Dabei ist der Beamtenstatus in der Verwaltung längst Geschichte, viele Behörden rühmen sich gar ihrer Kundenorientierung.

Die «Kunden» vieler Ämter sind Unternehmer. Ein Menschenschlag, der Aktivität im Namen trägt und sich nicht gerne aufhalten lässt. Schon gar nicht durch Vorschriften und detailversessene Beamte – pardon – Verwaltungsfachleute, die diese Vorschriften haarklein umsetzen.

«Der Bundesrat weigert sich, diesen Auftrag umzusetzen.»

Widersprüchliche Vorgaben

Wer ein Bauvorhaben zu Lebzeiten abschliessen will, braucht manchmal grosses Durchhaltevermögen. Das sprichwörtliche von Pontius-zu-Pilatus-Rennen gibt es tatsächlich: Ein und derselbe Staat kann Bittsteller mit widersprüchlichen Anordnungen zur Weissglut treiben.

Gerade, wenn der Blick aufs Ganze fehlt, kann dies zermürbend sein. Dann etwa, wenn Amt A verfügt, dass ein kleiner Treppenabsatz zwingend behindertengerecht mit einer Rampe erschlossen werden muss, Amt B aber darauf beharrt, dass dies aus Sicht des Denkmalschutzes nicht toleriert werden kann. Dass mit einer solch sturen Haltung ein übergeordnetes Interesse – nämlich das Bauprojekt selbst – gefährdet wird, löst in der Amtsstube kaum Unruhe aus.

Immerhin: Das kleine Beispiel stammt nicht aus der Ostschweiz, sondern aus einer ziemlich grossen Stadt am Zürichsee.

Der Schweizerische Gewerbeverband liess 2010 eine Studie zur Messung von Regulierungskosten durchführen. Diese ergab, dass durch staatliche Regulation Kosten in der Höhe von etwa 50 Milliarden

Franken entstünden, was zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspreche. Der Gewerbeverband schimpfte: «Angesichts der grossen Bedeutung der KMU für unser Land ist es stossend, dass diese im Umfeld einer fortschreitenden Regulierungsdichte mit immer mehr administrativem Aufwand und zusätzlichen Kosten belastet werden.»

Die Verwaltung könnte die Wirtschaft freilich nicht piesacken, würde ihnen die Gesetzgebungsmaschinerie nicht dauernd neue Munition liefern. Das Problembewusstsein ist dabei gerne selektiv: Politikerinnen und Politiker, die in feurigen Reden Deregulierung fordern, schmieden manchmal tags drauf bereits wieder an neuen Regelwerken.

Gescheiterte Initiative

Zu einem veritablen Halali auf Regulierungen blies vor bald zehn Jahren die FDP mit der Eidgenössischen Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!» – und produzierte erst einmal Bürokratie: Die Initiative verpasste die geforderten 100 000 Unterschriften denkbar knapp, weshalb die Bundeskanzlei drei Mal nachzählen liess und das Drama des Scheiterns im Oktober 2010 auf nicht weniger als 16 Seiten technisch erörterte.

Inhaltlich geht das kürzer: «Der Initiative fehlten konkrete Massnahmen, sie war zu deklaratorisch», sagt Ständerat Andrea Caroni (FDP/AR) rückblickend, «sie war unendlich abstrakt.»

Seither hat man unter der Bundeshauskuppel den Wunsch, der Regulierung Herr zu werden, aber nicht aufgegeben. Zahlreiche Vorstösse aus verschiedenen Ecken zielen in diese Richtung, einige erfolgsversprechende Handlungsstränge laufen bei Andrea Caroni zusammen.

Noch als Nationalrat hatte Andrea Caroni 2015 mit einem Postulat die Prüfung von Regulierungsbremsen gefordert, gegen den Wunsch des Bundesrates hat der Nationalrat diese Forderung deutlich gutge-

heissen. Im Postulatsbericht listet der Bundesrat eine Fülle an gängigen Modellen zum Eindämmen des Regulierungswachstums auf. Den Willen, griffige Massnahmen einzuführen, spürt man indessen nicht.

Folgen einer Regulierung kennen

Strittig ist etwa die Regulierungsfolgenabschätzung. Damit soll kontrolliert werden, ob die Konsequenzen einer neuen Vorschrift von der Verwaltung genügend durchdacht wurden. Ein solches Audit geschieht zwar heute schon, aber in der selben Verwaltungsabteilung, die das Gesetz auch formuliert.

«Die Versuchung zum «Driischüsse» wird reduziert.»

Bereits 2016 überwiesen beide Räte eine von Andrea Caroni verfasste Motion der FDP-Fraktion, die dafür eine unabhängige Stelle fordert. «Aber der Bundesrat weigert sich, diesen Auftrag umzusetzen», sagt Caroni. Auf seinen Antrag hin hat die Wirtschaftskommission des Ständerates deshalb eine Kommissionsinitiative beschlossen. Damitschreiben wir diese unabhängige Aufsicht über die Regulierungsfolgenabschätzung einfach selbst ins Gesetz.» Dafür braucht es nun noch die Zustimmung der Wirtschaftskommission des Nationalrates.

Dass mit diesem Schachzug die Verwaltung unverhältnismässig aufgeblasen wird, ist nicht zu befürchten. Der Think-Tank Avenir Suisse hat in einem Papier skizziert, dass ein solches Gremium aus drei bis fünf Mitgliedern mit je einem 20-Prozent-Pensum

bestehen könnte. Unterstützt würde es von einem Sekretariat mit etwa fünf Mitarbeitern.

Bewusste Entscheide fördern

Das Sichtbarmachen der Folgen einer Regulierung entspricht Andrea Caronis Bestreben, die Institutionen so auszugestalten, dass bewusstere Entscheide gefällt werden. «Für jede Regulierung gibt es ja Gründe», sagt Caroni, «mir geht es um die Balance, um den Sinn und Zweck: Was will man erreichen, was ist der Aufwand, lohnt sich die Einschränkung der Freiheit?»

Diejenigen, die Regulierungen vorschlagen, sollen gezwungen werden, alles auszuweisen, was die Vorschrift in der Folge bedeutet. Also genau zu deklarieren, welcher Zweck damit verfolgt wird und ob auch mildere, günstigere Mittel geprüft wurden. Im Sinne der Transparenz sollen alle relevanten Informationen tatsächlich auf den Tisch kommen. Dann könne man als Gesetzgeber seine Verantwortung wahrnehmen und sich fragen, ob der Zweck einer Regulierung die Folgen rechtfertigt. Caroni ist überzeugt: Wer besser informiert ist, beschliesst weniger leichtfertig eine neue Regulierung. «Die Versuchung zum «Driischüsse» wird reduziert.»

Höhere Hürden für Gesetzgeber

Als weitere Massnahme soll auch die Hürde für den Gesetzgeber erhöht werden. Der Ständerat hat einer Motion zugestimmt, wonach ähnlich wie bei der Schuldenbremse auch bei neuen Gesetzen eine separate Abstimmung eingeführt wird: Parlamentarier müssen nicht nur der Regulierung selbst, sondern auch kon-

Anzeige

14. St. Galler
Festspiele
28. Juni
bis 12. Juli 2019

Verdi – Il trovatore

Oper auf dem Klosterhof

Hauptsponsoren
CREDIT SUISSE helvetia christianjakob.ch

Medienpartner
TAGBLATTMEDIEN Neue Zürcher Zeitung LEADER

Ticketing Partner
starticket

www.stgaller-festspiele.ch
Tickets +41 (0)71 242 06 06

ket den zusätzlichen Regulierungskosten zustimmen. Zudem würde auch das Quorum erhöht, für die Zustimmung zu einem neuen Gesetz soll die absolute Mehrheit eines Rates notwendig werden.

Abbau als verbindliches Ziel

Die Wirtschaftskommission des Ständerats hat darüber hinaus auf Caronis Antrag hin beschlossen, von der Verwaltung Modelle zu verlangen, wie man Regulierungs-Abbauziele setzen kann.

Populäre, aber nur vordergründige Lösungen wie beispielsweise die Formel «one-in-one-out» (was bedeutet, dass für jedes neue Gesetz ein bestehendes gestrichen werden muss) kommen für den Ausserrhoder Liberalen dabei kaum in Betracht. «Jedes überflüssige Gesetz kann man auch streichen, ohne dass ein neues geschaffen wird», hält Caroni fest. Er befürchtet sogar «perverse Anreize», weil die Gefahr

«Wir sind dabei, in völlig ineffizienter Weise zu überregulieren.»

bestehe, dass schlechte Regulierungen nicht abgeschafft würden, da man sie noch als Pfand brauche, um neue Vorschriften einzuführen zu können. «Das führt zu sachfremden Verknüpfungen.»

Ob die neuen Instrumente tatsächlich die Regulierungsflut eindämmen werden, wagt auch Andrea Caroni nicht vorherzusagen. «Die Verantwortung liegt nach wie vor bei jedem Einzelnen von uns Parlamentariern,» betont er, «all diese Massnahmen sind nur Versuche, uns institutionell dabei zu helfen.»

Ineffiziente Überregulierung

Dass ein bewussteres und zurückhaltenderes Regulieren angestrebt werden muss, steht für ihn aber ausser Zweifel. «Wir regulieren klar zuviel und falsch, wenn wir den Menschen allzu konkrete Handlungen vorschreiben,» erklärt Caroni und verweist zur Illustration auf den Energie-Bereich: «Hier sind wir dabei, in völlig ineffizienter Weise zu überregulieren, in dem wir den Leuten vorgeben, wo genau welcher Energieträger erwünscht ist statt übergeordnet zu sagen: «Macht was ihr wollt – aber zahlt die verbrauchte Energie und alle Schäden, die sie anrichtet.»

Die Auswirkung davon illustriert er mit einem einfachen Beispiel: «Man darf im Winter unter einer Wolldecke auf seinem Balkon einen Film aufs Tablet streamen. Gebraucht man statt der Wolldecke eine Elektroheizung, liest dafür aber ein Buch, braucht man gleichviel Strom. Zweiteres aber ist vielerorts verboten

Text: Philipp Landmark

Bild: Marlies Thurnheer

Ja zum neuen Uni-Campus

Ja, die Universität St.Gallen agierte und kommunizierte in den vergangenen Monaten nicht immer vorteilhaft. Ja, Abstimmungen zur HSG waren früher schon ein «Champf». Am 30. Juni ist es nun wieder soweit: Das Stimmvolk soll über die Erstellung eines Uni-Campus am Platztor in der Stadt St.Gallen entscheiden.



Über einen Bau, der nach der neuen Immobilienstrategie des Kantons erst im Nachgang zur Abstimmung entwickelt, juriert und geplant wird.

Wir wissen noch nicht, wie der neue Campus nahe der Kirche St.Mangen und der Brauerei Schützengarten aussehen wird. Wir wissen nur, welche Ziele er erfüllen soll: Er soll Platz für 3000 Studenten der Grundbildung sowie für das Vollzeit-MBA-Programm schaffen. Hierfür sind flexible Raumstrukturen im Umfang von 14 000 m² vorgesehen. Dies sind vor allem eine Aula, Lehr- und Gruppenräume, Lernplätze und Lab-Zonen für Studenten, verschiedene Projekt-räume, Sitzungszimmer und Arbeitsplätze für Forschungsmitarbeiter sowie Infrastrukturen für die Verpflegung.

Eine Universität – zwei Zentren

Zur Freude vieler sollen mit dem Neubau Provisorien auf dem Rosenberg zurückgebaut sowie attraktive Mietliegenschaften freigegeben werden. Die Universität kommt somit teilweise in die «Talsohle» der Stadt zurück. Dorthin, wo vor 120 Jahren alles einmal begann. Die Uni-Zentren, der Altbau und der Bibliotheksbau und der neue Campus, wären in 15 Minuten zu Fuss erreichbar.

Investition in die Zukunft

Ja, die Vorlage hat ihren Preis. Die vom Kanton zu tragenden Kosten belaufen sich auf 160 Millionen Franken. Von Bad Ragaz über Rapperswil-Jona und von Wil bis St.Margrethen soll dieser solidarisch getragen werden; ein zweifelsohne hoher Betrag. Ein Betrag, der aber nichts mit «Spesen» zu tun hat, sondern die nötige Ausbildungsinfrastruktur für unsere Kinder und Enkel schafft. Bildung ist Zukunft! Deshalb empfehle ich, die Vorlage zum Uni-Campus am 30. Juni gutzuheissen. Die heutigen, in jeder Hinsicht prekären Platzverhältnisse erfordern einen Neubau.

Dr. rer. publ. HSG Sven Bradke, Wirtschafts- und Kommunikationsberater, Geschäftsführer der Mediapolis AG in St.Gallen